

Antrag an den Landesrat DIE LINKE.NRW

Antragsteller*innen: Kathrin Vogler, Alexander S. Neu, Ulla Jelpke, Matthias W. Birkwald, Sevim Dagdelen, Sylvia Gabelmann, Diyar Agu, Niema Movassat, Marion Josten, Hans Decruppe, Helga Ebel, Murat Yilmaz, Jules El-Khatib, Frederik Groborsch, Andrej Hunko, Hubertus Zdebel, Isabelle Casel, Gabi Bieberstein

Abschaffung der Zivilklausel

Jetzt erst recht: Nein zur Vereinnahmung durch Militärpolitik und Rüstungsindustrie!

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 11. Juni ein neues Hochschulgesetz für Nordrhein-Westfalen beschlossen. Die seit 2014 in diesem Gesetz unter Paragraf 3 enthaltene Zivilklausel wurde gestrichen; sie lautete: "Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach."

Die Hochschulen in NRW wurden mit der Zivilklausel auf eine ausschließlich zivile, friedliche Forschung und Lehre verpflichtet. Projekte, die eine militärische Zielsetzung oder einen militärischen Nutzen haben, sollten an den Unis in NRW keine Unterstützung finden.

Die Abschaffung der Zivilklausel unter dem vorgeschobenen Argument der Forschungsfreiheit wurde trotz landesweiter Proteste von Studierendengruppen, Wissenschaftler*innen, Friedensinitiativen und DIE LINKE durchgesetzt und öffnet Militärs und Rüstungsindustrie auch in NRW nun wieder die Türen für den Missbrauch wissenschaftlicher Expertise für Kriegsplanung und Aufrüstung.

Die Bundeswehr wirbt auch in Schulen und Hochschulen immer offensiver um neues Personal und lockt mit Ausbildungen und Qualifizierungen für das Kriegshandwerk.

Angesichts der unzureichenden öffentlichen Finanzierung sehen viele Hochschulen in Forschungsaufträgen der Bundeswehr oder von Rüstungsunternehmen eine willkommene Erweiterung ihrer finanziellen Spielräume.

Die Entscheidung des NRW-Landtages, die Zivilklausel zu streichen und die Universitäten und Hochschulen in NRW wieder für die Interessen der Militärpolitik und Rüstungsindustrie zu öffnen, folgt dem außenpolitischen Kriegskurs der Bundesregierung. Schon jetzt wird an deutschen Universitäten über Kampfdrohnen, ‚intelligente‘ Munition, neue Generationen von Handfeuerwaffen, Funktechnologien, Sprengstoffen und Kampfrobotern geforscht- für Aufrüstungsprojekte der Bundeswehr und der US Army.

Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen ist unabdingbar, um die Freiheit der zivilen Forschung und Lehre zu schützen. Wissenschaftler*innen dürfen sich nicht mitschuldig machen am Tod tausender Menschen, die jedes Jahr auf den Schlachtfeldern dieser Welt mit den Endergebnissen wissenschaftlicher Expertise ermordet werden.

Der breite gesellschaftliche Widerstand gegen die Streichung der Zivilklausel in NRW hat in den letzten Monaten die öffentliche Unterstützung für die Forderung verstärkt, dass unsere Hochschulen zu einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt beitragen sollen. Der Widerstand war also nicht umsonst und daran muss angeknüpft werden: Jetzt muss die Auseinandersetzung um die Zivilklausel in jeder einzelnen Hochschule durchgesetzt werden. DIE LINKE.NRW unterstützt die Studierendenschaften in ihren Kämpfen für Zivilklauseln an den einzelnen Hochschulen.

DIE LINKE.NRW fordert:

- Jetzt erst recht: Nein zur Vereinnahmung durch Militärpolitik und Rüstungsindustrie!
- Wiederherstellung der Zivilklausel im Landeshochschulgesetz!
- Ausreichende Finanzierung der Hochschulen!
- Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen!